mehr ausgehe. Dagegen erhob jedoch

anset soll der Libanese am 25. Juli aus

dem Hochsicherheitsgefängnis Lanne-

mazan entlassen und dann in seine Hei-

mat ausgeflogen werden. Eine Bedin-

gung seiner Freilassung ist, dass Abdal-

lah nie wieder französischen Boden be-

tritt. Chalanset erklärte allerdings, sein

Mandant fürchte, in seinem Heimat-

dorf Ziel eines israelischen Drohnen-

In linken politischen Kreisen stiess die

Entscheidung des Pariser Berufungs-

gerichts auf Begeisterung. «Die Er-

leichterung über die Freilassung von

Georges Ibrahim Abdallah ist riesig»,

erklärte Mathilde Panot, Fraktions-

chefin der Partei La France Insou-

mise, in der Nationalversammlung.

«Vielen Dank an alle, die ihn stets

Erleichterung bei Linken

lahs ausgesprochen hatten.

Libanesischer Extremist kommt | Thailand steckt mitten nach über 40 Jahren Haft frei

Gericht in Frankreich findet, dass Georges Abdallah keine Gefahr mehr darstelle

DANIEL STEINVORTH, PARIS

Für seine Unterstützer ist der 74-jährige Georges Ibrahim Abdallah ein Kämpfer für die gute, antiimperialistische Sache. Propalästinensische Kreise sehen in ihm einen Revolutionär, der nie gebrochen hat mit seinen Idealen Mit Genugtuung reagierten linke Politiker in Frankreich deswegen am Donnerstag auf die Entscheidung des Pariser Berufungsgerichts, den «am längsten inhaftierten politischen Gefangenen der Welt» nach mehr als 40 Jahren hinter Gittern freizulassen.

Abdallah, ein Mitglied der radikalen Organisation Volksfront zur Befreiung Palästinas, war im Oktober 1984 wegen Beihilfe zur Ermordung zweier westlicher Diplomaten verhaftet worden. Drei Jahre später verurteilte ihn ein Gericht unter grosser öffentlicher Aufmerksamkeit zu lebenslanger Haft. Frankreich war zu jener Zeit von einer Serie terroristischer Anschläge erschüttert worden, und Abdallah wurde mit mehreren Taten in Verbindung gebracht.

Auf offener Strasse erschossen

Nachgewiesen werden konnte ihm aber letztlich nur eine Mittäterschaft bei den Morden an dem amerikanischen Militärattaché Charles Robert Ray und dem israelischen Diplomaten Yacov Barsimantov, die 1982 im Abstand weniger Monate auf offener Strasse in Paris erschossen wurden,

amerikanischen Konsul in Strassburg 1984. Für die Morde verantwortlich gemacht wurde eine Zelle, die sich «Libanesische bewaffnete revolutionäre Fraktionen» nannte und deren Kopf Abdallah war. Die Täter selbst blieben unerkannt.

Kontakte zur RAF

Doch fand die Polizei in Abdallahs Wohnung Sprengstoff und die Pistole, mit der Ray und Barsimantov erschossen worden waren. Der christliche Libanese hatte nach Einschätzung der Ermittler eine zentrale Rolle bei der Koordination diverser linksterroristischer Gruppen gespielt. Auch mit der RAF in Deutschland und den Roten Brigaden in Italien stand er in Kontakt. Vor Gericht bestritt Abdallah, an den Morden beteiligt gewesen zu sein. Dennoch bezeichnete er die Taten als «Akte des Widerstands» gegen die «israelische und amerikanische Unterdrückung». Auch Jahrzehnte später zeigte er keine Reue.

In den Jahren nach seiner Verurteilung wurde Abdallah von propalästinensischen Gruppen zunehmend als symboische Figur des Widerstands verklärt. Auch er selbst kämpfte ab 1999 immer wieder um seine Freilassung, doch alle Gesuche wurden abgelehnt. Erst im November 2024 entschied ein Pariser

in der Regierungskrise Die Ministerpräsidentin ist suspendiert und die Bevölkerung

unzufrieden – nun könnte es Neuwahlen geben

ANDREAS BABST, BANGKOK

die französische Anti-Terror-Staats-Nach der vorläufigen Suspendierung der anwaltschaft Einspruch. Sie verwies auf Ministerpräsidentin Paetongtarn Shina-Sicherheitsbedenken der USA, die in watra befindet sich in Thailands Politik dem Verfahren Nebenkläger waren und einiges in der Schwebe. Zwar ist Shinasich stets gegen die Entlassung Abdalwatra noch immer Teil der Regierung – in einer Neustrukturierung der Minis-Am Donnerstag setzte sich das Beterämter übernahm sie die Rolle der rufungsgericht nun über diesen Ein-Kulturministerin. Ob sie als Ministerpräspruch hinweg. Abdallah selber war bei sidentin abgesetzt wird, entscheidet ein der Sitzung nicht anwesend. Nach An-Gericht in den kommenden Monaten. gaben seines Anwalts Jean-Louis Cha-

Grund für die Suspendierung war ein geleaktes Telefongespräch mit Hun Sen, dem mächtigsten Mann Kambodschas. Die zwei Länder befinden sich in einem langwierigen Grenzkonflikt. Im Telefongespräch agierte die Ministerpräsidentin unglücklich – sie schien eher Verständnis zu zeigen für den alten Familienfreund Hun Sen, als die thailändischen Interessen zu verteidigen. Es war Hun Sen, der eine Aufzeichnung des Gesprächs leakte, er dürfte gewusst haben, welchen Schaden er damit in Bangkok anrichtet.

Vorübergehend übernahm Phumtham Wechayachai als thailändischer Premierminister. Er ist wie Shinawatra Teil der Pheu-Thai-Partei. Er muss eine Koalition zusammenhalten, die nur noch über eine knappe Mehrheit verfügt, weil der wichtigste Partner Bhumjaithai nach dem geleakten Telefongespräch ausgeschieden war. Aber vor allem muss die Regierung die thailändische Öffentlichkeit gewinnen. Nach dem geleakten Gespräch hat-

gab, dass sich 80 Prozent der Befragten wünschten, die Ministerpräsidentin möge ihr Amt ganz abgeben – selbst wenn die Suspendierung aufgehoben werden sollte.

In den thailändischen Medien werden

derzeit mehrere Szenarien durchgespielt. Eines ist, dass sich die Regierung zum Ausharren entscheidet und mit ihrer kleinen Mehrheit weiterregiert – auch wenn das Gericht die endgültige Absetzung der Ministerpräsidentin Shinawatra beschliessen sollte. Allerdings schweben über der Koalition noch weitere Untersuchungen, eine hat mit dem Vater der Ministerpräsidentin zu tun: Thaksin Shinawatra, seinerseits ein einflussreicher Politiker und ehemaliger Ministerpräsident, soll im Hintergrund über Gebühr Einfluss genommen haben auf die Regierung.

Die zweite Möglichkeit für die Regierungen wären erneut Wahlen. Dies wäre angesichts der Unzufriedenheit der Bevölkerung allerdings eine riskante Strategie, möchte Pheu Thai an der Macht bleiben. Bei den letzten Wahlen 2023 sprach sich eine Mehrheit von vor allem jungen Thailändern gegen die alteingesessenen Parteien aus und verhalf der Reformpartei Move Forward zu einem Erdrutschsieg. Die Partei wurde daraufhin verboten, ihr Führer aus der Politik ausgeschlossen und die konservativen Parteien zimmerten die jetzt zerfallende Koalition.

Der Unmut bei den Wählern, besonders bei der jüngeren Generation, ist noch immer gross. Nicht nur hatten die Eliten den Wählerwillen bei den letzten Wahlen einfach ignoriert. Auch wirkten Thailands politische Führer in den vergangenen Jahren wenig dynamisch angesichts der Herausforderungen der Zeit.

unterstützt haben.» Auch Fabien Rousten sich in Bangkok Tausende Demonssel, Generalsekretär der Kommunisti-Gericht zu seinen Gunsten. Die Richter argumentierten, dass schen Partei Frankreichs, sprach von tranten versammelt, um gegen die Regiedie Dauer seiner Haft mit Blick auf die rung zu protestieren. Eine Anfang Monat einem «erbitterten Kampf» und er-Taten unverhältnismässig lang sei und klärte: «40 Jahre in den Gängen der publizierte Umfrage des National Instisowie ein versuchter Mord an dem von Abdallah keine öffentliche Gefahr Hölle und endlich Freiheit.» tute of Development Administration er-«Der Swiss Technology Award war für «Der Swiss Technology Award hat uns «Der Swiss Technology Award hat unser darin bestärkt, gross zu denken – er hat Engagement für technologische Exzellenz uns ein Beschleuniger: Er hat unsere sichtbar gemacht - und neue Impulse für Türen geöffnet, wichtige Verbindungen Glaubwürdigkeit gestärkt, Türen zu Partnerschaften, Fachkräftegewinnung Investoren geöffnet und den Weg für die ermöglicht und unserem jungen Team Skalierung unserer Lösung geebnet.» und Marktdynamik ausgelöst.» echten Rückenwind gegeben.» Andreas Lüdi Dr. Fajer Mushtaq Alexander Kübler Mitgründerin & CEO CEO & Co-Founder Stv. Leiter Vorentwicklung Gewinner Kategorie Industry Innovation Gewinner Kategorie Start-ups Gewinner Kategorie Inventors Swiss Technology Award 2025 Hat dein Unternehmen eine bahnbrechende technologische Entwicklung realisiert? Dann bewirb dich jetzt in einer der drei Kategorien: I « csem helbling

Der Bund schenkt dem Jura 65 Millionen

Kantonale Streitereien werden mit Geld aus der Welt geschafft

FABIAN SCHÄFER, BERN

Eigentlich ist der Bund knapp bei Kasse. Seine Ausgaben wachsen in den kommenden Jahren stärker als die Einnahmen, vor allem wegen der AHV und der Armee. Damit er die Schuldenbremse einhalten kann, plant der Bundesrat Kürzungen in praktisch allen anderen Bereichen. In allen?

Nein. Im Kleinen gibt es weiterhin zahlreiche Budgetposten, die nicht zur allgemeinen Sparrhetorik passen. Teilweise werden sie sogar noch erhöht. Ein besonders hübsches Beispiel hat bis anhin kaum öffentliche Beachtung gefunden: Der Bundesrat hat Ende Juni beschlossen, dem Kanton Jura 65 Millionen Franken zu schenken. Offiziell handelt es sich natürlich nicht um ein Geschenk, sondern um eine «pragmatische» und «vorübergehende» Massnahme in einer speziellen Situation. Das ändert aber nichts daran, dass der Bund gesetzlich nicht zu dieser Zahlung verpflichtet ist.

Moutier wechselt den Kanton

Hintergrund der Aktion ist der Wechsel der Gemeinde Moutier vom Kanton Bern zum Kanton Jura. Nach langer, emotionaler und teilweise gewaltvoller Vorgeschichte kann das Städtchen am 1. Januar 2026 den historischen Schritt vollziehen. Er soll - so hoffen es vor allem die Berner – das definitive Ende der Jurafrage besiegeln. In einem epischen Verfahren haben die beiden Kantone alles geregelt und vorbereitet.

Mit einer Ausnahme: Beim Geld haben sie keine Lösung gefunden. Der Kantonswechsel führt im nationalen Finanzausgleich (NFA) zu beträchtlichen Verwerfungen. Diese halten zwar nur vorübergehend an, aber die Streitsumme ist gross genug, um schwierige Konflikte auszulösen. Es geht um 65 Millionen Franken.

Die Berner sind finanziell nicht auf Rosen gebettet, die Jurassier erst recht nicht. Beide Kantone gehören im NFA zu den Geldempfängern, die vom Bund und von den wirtschaftlich stärkeren Kantonen wie Zug oder Genf unterstützt werden. Die Regierungen von Jura und Bern haben lange über die Millionen verhandelt, aber keine Einigung gefunden, mit der beide leben können. Das Problem ist relativ banal: Die NFA-Umverteilung von den «reichen»

ULRICH VON SCHWERIN, MUMBAI

Jeden Abend um 17 Uhr 30 beginnt im

Geschäftsviertel an der Südspitze von

Mumbai die Rushhour. Aus den Ban-

ken, Büros und Behörden am Nariman-

Point strömen die Angestellten in ihren

weissen Hemden und gebügelten Hosen

auf die Strassen in Richtung Norden zum

Bahnhof von Churchgate. Der Strom der

Pendler ergiesst sich durch die Unterfüh-

rung, flutet die Halle und füllt die Bahn-

steige, wo die Menschen unter den rie-

sigen, langsam rotierenden Ventilatoren

die Station einfahren, springen die ers-

Noch während die Vorortszüge in

auf die Einfahrt der Züge warten.

LAUTER LÖSUNGEN

zu den «armen» Kantonen basiert auf

den Steuerdaten sämtlicher Einwohner und Unternehmen. Diese Daten liegen jedoch immer erst mit einer Verzögerung von drei Jahren vor. Zudem will der Bund unnötige Ausschläge vermeiden, die Finanzkraft einzelner Kantone soll sich nicht von einem Jahr auf das andere abrupt verändern. Deshalb zieht er für die Berechnung der Ein- und Auszahlungen jeweils die Steuerdaten von drei Jahren heran. Dies alles führt dazu, dass es im NFA eine Art «Bremsspur» von sechs Jahren gibt. So lange dauert es, bis das System ein Ereignis wie den Kantonswechsel von Moutier korrekt

Gemeinde zum Kanton Bern gehörte. Das wäre toll für die Berner. Sie müssten ab 2026 nicht mehr für die Einwohner und die Infrastruktur von Moutier aufkommen, könnten für die Gemeinde aber weiterhin Ausgleichszahlungen kassieren. Umgekehrt wären die Jurassier die Betrogenen. Da eine

Die Kunst, die Enge zu ertragen

und vollständig abbildet. Bis es so weit

ist, basiert die Umverteilung weiterhin

auf Steuerdaten aus Jahren, in denen die

solche Lösung offenkundig ungerecht wäre, hat der Kanton Bern zu einem Kompromiss Hand geboten. Er wird in den kommenden sechs Jahren gesamthaft rund 75 Millionen Franken aus seinen NFA-Einnahmen freiwillig an den Kanton Jura abtreten.

Wieder dürfen die Separatisten im noch bernischen Städtchen Moutier jubeln, dieses Mal wegen des Geldes. Jean-Christophe Bott / Keystoni

Der Bundesrat hat nachgegeben

Das genüge aber nicht, sagen die Jurassier. Auch so verbleibt gemäss ihrer Berechnung unter dem Strich ein Verlust von 65 Millionen Franken. Diese Summe würden sie für Moutier zusätzlich erhalten, wenn das Städtchen im NFA bereits dem Kanton Jura zugeordnet wäre. Mit dieser Kalkulation haben die jurassischen Lobbyisten im Bundeshaus eifrig missioniert.

Erfolgreich waren sie in der Finanznmission des Nationalrats. Sie hat sich mit einer einzigen Stimme Unterschied auf die Seite des Kantons Jura geschlagen. Pikant: Von einer einzigen Ausnahme abgesehen, haben sich sämtliche

Berner Nationalräte von SP bis SVP in der Kommission gegen die zusätzlichen Millionen für den Jura ausgesprochen. Wie der Entscheid im Bundesrat aus-

gefallen ist - ob allenfalls die Jurassierin Elisabeth Baume-Schneider ihren Berner Kollegen Albert Rösti bearbeiten musste -, ist nicht bekannt. Sicher ist nur, dass der Bundesrat nachgegeben hat. Er will dem Parlament im Herbst beantragen, den jurassischen Wünschen vollumfänglich nachzukommen. Zusätzlich zu den normalen NFA-Bezügen soll in fünf Tranchen à 13 Millionen Franken der Gesamtbetrag von 65 Millionen nach Delsberg überwiesen werden. Moutier hat rund 7200 Einwohner. Das ergibt einen zusätzlichen Transfer aus der Bundeskasse von 9000 Franken pro Kopf.

Diese Art der eidgenössischen «Geldpolitik» ist gut einstudiert. Die Schweiz ist stolz darauf, dass sich auch bei schwierigen Themen alle zusammenraufen und Lösungen suchen. Und wenn alles nichts mehr hilft, zückt der Bundes-

SVP-Nationalrat nennt Leuthard «ein Huhn»

Die ehemalige Bundesrätin fordert eine Entschuldigung bis Freitag

afo. · Anfang Woche hat Christian Imark, SVP-Nationalrat aus dem Kanton Solothurn, Doris Leuthard auf den sozialen Plattformen mit einem Huhn gleichgesetzt. Es ging eigentlich um Energiepolitik. Leuthard war als Bundesrätin für die Mitte massgeblich am Neubauverbot von Atomkraftwerken beteiligt. Sie ist auch heute noch von diesem überzeugt wie sie in einem Interview mit CH Media sagte. Es gebe niemanden, der in neue AKW investieren wolle. «Die Preise für solche Anlagen sind in der Zwischenzeit noch mehr gestiegen.»

Das passte dem Kernkraft-Befürwor ter Imark nicht. «Ein Huhn ist auch nach ihrem Rücktritt ein Huhn!!! Sich beklagen, dass niemand in eine Technologie investiert, die sie selbst verboten hat?» schrieb der SVP-Nationalrat auf mehreren sozialen Plattformen. Nach massiver Kritik in den sozialen Netzwerken drehte Imark weiter auf: «Ich will nicht die Leistung von Hühnern schlechtmachen. Diese sind immerhin produktiv und legen regelmässig Eier.»

Doris Leuthard forderte Imark daraufhin zu einer Entschuldigung auf, sonst behalte sie sich rechtliche Schritte vor, wie CH Media aus einer entsprechenden E-Mail zitierte. Doch Imark denkt nicht daran. Statt sich zu entschuldigen, setzte er am Donnerstag noch einen drauf. Er publizierte einen «offenen Brief» mit weiteren persönlichen Angriffen via «Weltwoche» und «Nebelspalter». Dort warf der Nationalrat Leuthard «Dünnhäutigkeit» vor, nannte sie eine «Gouvernante» und forderte sie ihrerseits auf, sich beim Volk für ihre «schlimmsten Fehlleistungen» zu entschuldigen.

Imark ist nicht der Erste, der politische Gegner oder Journalisten als Tier beschimpft oder auf eine andere Art und Weise beleidigt hat.

Der Affe: Der ehemalige Bundesrat Ueli Maurer hat im Jahr 2013 einen Kameramann des Schweizer Fernsehens «Aff» genannt, als der ihm von der Nationalratsdebatte über den Gripen mit der Kamera zu nahe kam.

«Blöde Kuh»: Die ehemaligen Co-Präsidenten der Jungen SVP Bern, Adrian Spahr und Nils Fiechter, haben die damalige Juso-Präsidentin Tamara Funiciello im Jahr 2018 eine «blöde Kuh» geschimpft. Danach gab es einen Rüffel der kantonalen Mutterpartei.

«Oranger Trottel». Spahr und Fiechter haben damals an eine Aussage der Sozialdemokratin Funiciello selbst angeknüpft. Diese hatte den amerikanischen Präsidenten Donald Trump einen «orangen Trottel» genannt.

«Kerze»: Der GLP-Präsident Jürg Grossen hat Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider 2023 im Zusammenhang mit der Asylpolitik als «nicht die hellste Kerze auf der Torte» verunglimpft.

Der Einzige, der sich entschuldigt hat, war Jürg Grossen.



stress kennt man sich hier daher aus.

Zuwanderung, Polarisierung oder Abfallprobleme: Die Schweiz hat verschiedene Herausforderungen zu bewältigen. In einer Artikelserie erzählen unsere Auslandkorrespondentinnen und -korrespondenten, was die Schweiz vom Ausland lernen kann – was sie übernehmen und was sie vermeiden sollte.



drängen in die Abteile, um einen der begehrten Plätze auf den metallenen Bänken zu ergattern. Wer später kommt, dem bleibt nur ein Stehplatz im Gang oder an den offenen Türen. Jeden Tag befördern die Vorortszüge

ten Passagiere durch die offenen Türen,

Mumbai zeigt, was Dichtestress wirklich bedeutet – und wie man trotzdem Gelassenheit bewahrt

7,5 Millionen Menschen. Viele Pendler verbringen eine Stunde und länger in den stählernen Waggons, dicht gedrängt, mit bis zu 600 anderen Passagieren. Mit 18 Millionen Einwohnern ist Mumbai die grösste Stadt Indiens, die Bevölkerung der Metropolregion beträgt heute laut Schätzungen fast 27 Millionen Personen – rund dreimal so viel wie diejenige der Schweiz. Mumbai liegt auf einer Halbinsel, der Raum ist knapp. Mit Dichte-

Keiner beharrt auf seinem Recht

Ein grosses Thema ist dies aber nicht. Die Enge, der Lärm, die Abgase sind ein unvermeidlicher Teil des Alltags, den man stoisch erträgt. Trotz dem Gedränge in den Zügen und auf den Strassen erlebt man wenig Aggression, Geschimpfe oder gar offenen Streit. Man nutzt jede Lücke, um vorwärtszukommen, weicht aber auch aus, lässt den anderen vor, beharrt

Abstand und Ruhe sind ein Luxus, den sich die meisten nicht leisten kön-

herrscht ein permanentes Hupkonzert.

Es wird gehupt, wenn es gerade nicht

vorangeht oder der Vordermann wieder

einmal schläft, aber oft auch aus reiner

Freude. Das Hupen ist meist als Hinweis

oder Warnung gedacht, aus Wut oder

Protest wird nur selten gehupt. Wirk-

lich böse ist es fast nie gemeint.

nen. Niemand protestiert, wenn sich im Zug ein anderer Passagier auf den eigenen Sitz quetscht. Man rückt halt beiseite. Und wenn der Nachbar einschläft und sein Kopf einem auf die Schulter fällt, nimmt man das hin. Es kommt auch keiner auf die Idee, sich zu beschweren, wenn der Nachbar ohne Kopfhörer Tiktok-Videos schaut, sein stark riechendes Curry auspackt oder einem sein Baby auf den Schoss setzt.

Hilfreiche Indifferenz

Für die gut 40 Prozent der «Mumbaikars», die im Slum leben, ist Privatsphäre erst recht ein Fremdwort. Im grössten Slum, Dharavi, wo eine Million Menschen auf einer Fläche so gross wie nicht auf seinem Recht. Regeln sind fle- dass man in den Gassen nur längs an- sie wissen, was Dichte wirklich heisst.

xibel, nicht absolut. Auf den Strassen einander vorbeikommt, Dutzende sich einen Waschraum teilen und man alles vom Nachbarn sieht, riecht und hört. Da ist Nachsicht gefragt, aber auch eine gewisse Indifferenz gegenüber den Mitmenschen ist hilfreich.

Nach Schweizer Verständnis ist Mumbai längst überfüllt, doch noch immer strömen Leute aus den Dörfern in die grosse Metropole am Meer, die Stadt der Träume, auf der Suche nach dem Glück. Hunderttausende leben auf den Gehwegen, entlang der Grünanlagen. Sie schlafen in den Hauseingängen und zwischen den Strassenständen, ganze Familien mit kleinen Kindern. Die Pendler machen am Morgen einen Bogen um die schlafenden Gestalten oder steigen über sie hinweg.

Auch die «Mumbaikars» sind nicht unempfindlich gegenüber dem ständigen Gehupe, dem Gedränge und dem Gestank der Stadt. Wer gehen kann, nutzt die Chance. Viele Inder, die zum Studium oder zum Arbeiten in die Schweiz gekommen sind, wollen nicht zurück. Die Ruhe, die Weite, die rücksichtsvolle Distanziertheit - sie wollen sie nicht mehr missen. Über die Schweizer Debatte über Dichtestress werden die Zürichs Kreis 4 wohnen, ist es so eng, meisten trotzdem wohl nur lachen, denn